

## STRATEGISCHE INFRASTRUKTUREN DER ENERGIEWIRTSCHAFT

Mit 15 zu 9 Stimmen bei einer Enthaltung beantragt die Kommission, am Eintreten auf die Vorlage **16.498** festzuhalten. Damit bekräftigt die Kommission ihr Ziel, ausländische Investitionen in kritische Energie-Infrastrukturen einzuschränken. Trotz der neuen Vorlage des Bundesrates für ein allgemeineres Investitionsprüfgesetz (22.086) will sie weiterhin auf ihren bereits vom Nationalrat gutgeheissenen Entwurf zur Erweiterung der Lex Koller setzen, weil sie den darin verankerten Ansatz eines grundsätzlichen Verbots mit Ausnahmen für angemessen und wirksam hält. Der Schutz der besonders bedeutsamen Energieinfrastrukturen ist aus ihrer Sicht essentiell für die Sicherheit der Schweiz. Die Minderheit der Kommission stellt sich das gegen das Vorhaben, die strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft der Lex Koller zu unterstellen. Sie sieht darin einen ungerechtfertigten Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Sollte das Parlament ausländische Übernahmen beschränken wollen, gebe es nun mit dem bundesrätlichen Entwurf für ein Investitionsprüfgesetz eine bessere Alternative.

### Invasive Schädlinge bekämpfen

Einstimmig beantragt die Kommission, die Motion **23.3998** anzunehmen, und zwar in jener Fassung, die der Bundesrat vorgeschlagen hat. Die Motion verlangt eine Anpassung der Chemikalienrisikoverordnung, damit Schädlinge wie die Kirschessigfliege und die Asiatische Hornisse besser bekämpft werden können.

Zudem beantragt die Kommission mit 14 zu 9 Stimmen bei einer Enthaltung, die Motion **23.4028** zur Sicherung der Insektenbestäubung anzunehmen. Auch wenn bereits mehrere Vorstösse zum Schutz von Insekten an den Bundesrat überwiesen worden sind, hält es die Kommission für wichtig, weitere Massnahmen zugunsten bestäubender Insekten zu verlangen.

## ENTWICKLUNG VON WEILERZONEN

Die Kommission gibt der Schwesterkommission grünes Licht, im Rahmen der Standesinitiative **22.319** «Massvolle Entwicklungen in Weilerzonen» des Kantons St. Gallen eine Änderung des Raumplanungsgesetzes auszuarbeiten. Mit 14 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltung hat die Kommission der Initiative Folge gegeben. Es brauche angemessene Lösungen, damit eine Siedlungsverdichtung von Weilern erfolgen könne, ohne dass der Trennungsgrundsatz in Frage gestellt würde. Kritische Stimmen in der Kommission befürchten, dass mit dem Anliegen die Nutzungskonflikte ausserhalb der Bauzone zunehmen und der Vorrang der Landwirtschaft in Frage gestellt würden.

## WEITERE GESCHÄFTE

Die Kommission bringt ihre Vorlage zur parlamentarischen Initiative **19.409** unverändert in den Rat. Ziel der Vorlage ist es, das Verbandsbeschwerderecht gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz bei kleineren Einzelprojekten innerhalb der Bauzone einzuschränken. Der Bundesrat unterstützt den Kommissionsentwurf.

Die Kommission beantragt ausserdem, mit 16 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen, der parlamentarische Initiative «Verfahrensbeschleunigung beim Ausbau der Stromnetze» (**23.417**) keine Folge zu geben. Im Grundsatz ist die Kommission zwar einverstanden, dass Handlungsbedarf beim Ausbau der Stromnetze besteht. Sie erachtet die parlamentarische Initiative jedoch nicht als notwendig, da das UVEK bereits an einer Vorlage zur Beschleunigung der Bewilligungsverfahren im Bereich Stromnetz arbeitet.